

Westliche Einmischung in Ägypten seit dem Ende des Kalten Krieges: Militärische Interventionen, Sanktionen und Politische Instrumentalisierung

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und insbesondere seit der Camp-David-Friedensinitiative von 1978 hat sich die westliche Strategie gegenüber Ägypten grundlegend entwickelt. Dieses Forschungswerk untersucht die vielfältigen Formen der Einmischung westlicher Staaten in Ägypten, die von direkten militärischen Interventionen während der Sueskrise 1956 über umfangreiche finanzielle und militärische Unterstützung während der Mubarak-Ära bis hin zu selektiven Sanktionen und bedingter Partnerschaften in der Gegenwart reichen. Die Analyse zeigt, dass westliche Staaten – insbesondere die USA, Großbritannien, Frankreich und die Europäische Union – ein komplexes System von Anreizen, Druck und strategischer Unterstützung entwickelt haben, um ihre Interessen in dieser geopolitisch kritischen Region durchzusetzen. Die Einmischung verfolgte dabei im Wesentlichen drei zentrale Ziele: die Sicherung der Kontrolle über den Suezkanal als strategische Wasserstraße, die Gewährleistung von Stabilität im Nahostkonflikt und die Verhinderung sowjetischen oder später islamistischen Einflusses. Besonders hervorzuheben ist die paradoxe Tatsache, dass der Westen massive finanzielle und militärische Mittel eingesetzt hat, um Regime zu unterstützen, die er gleichzeitig wegen schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen kritisiert hat, wodurch geopolitische Interessen systematisch über demokratische Werte gestellt wurden.

Die Sueskrise von 1956: Das Ende des westlichen Kolonialismus und die erste großangelegte Intervention

Die Sueskrise des Jahres 1956 markiert einen Wendepunkt in der westlichen Einmischung in Ägypten und demonstriert die letzten großen Versuche der europäischen Kolonialmächte, ihre Kontrolle über die Region militärisch zu behaupten. Als die ägyptische Regierung unter König Faruk am 23. Juli 1952 durch einen Putsch von Offizieren abgelöst wurde, verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Ägypten und Großbritannien erheblich, da die neue Regierung unter Gamal Abdel Nasser einen eher nationalistischen, panarabischen und antiisraelischen Kurs verfolgte, mit dem sie sich dem Ostblock annäherte^[6]. Der Suezkanal hatte für die westlichen Mächte enorme strategische Bedeutung: Die 163 Kilometer lange künstliche Wasserstraße, die 1869 eröffnet wurde, ersparte der Seefahrt die Umschiffung des Kaps der Guten Hoffnung und war daher ein zentrales Infrastrukturprojekt des europäischen Imperialismus^[33]. Großbritannien und Frankreich kontrollierten die Kanalgesellschaft und hielten Stationierungsrechte aufgrund von Verträgen, die noch aus der Kolonialzeit stammten.

Der unmittelbare Auslöser für die militärische Intervention war Nassers überraschende Ankündigung vom 26. Juli 1956 der Verstaatlichung des Suezkanals, um damit den Bau eines Staudamms bei Assuan zu finanzieren, nachdem die Amerikaner ihr Kreditangebot zurückgezogen hatten^[33]. Diese Entscheidung war eine unmittelbare Herausforderung der westlichen Autorität in

der Region. Obwohl die USA auf internationalen Konferenzen die Verstaatlichung des Kanals tolerierten, waren weder Großbritannien noch Frankreich bereit, sich damit abzufinden^[33]. Die britisch-französische Reaktion war eine koordinierte militärische Invasion. Am 31. Oktober begannen das Vereinigte Königreich und Frankreich mit der Bombardierung der Kanalzone und ägyptischer Flughäfen, nachdem Nasser ein Ultimatum abgelehnt hatte, das von ihm verlangte, zehn Meilen hinter den Suez-Kanal zurückzuweichen^{[3][6]}.

Gleichzeitig kooperierte Israel mit Großbritannien und Frankreich, startete mit ihnen eine koordinierte Militäraktion und stieß über den Sinai in Richtung Suezkanal vor^[15]. Diese tripartite Invasion war in ihrer Natur eine klassische imperialistischen Aggression, bei der europäische Kolonialmächte versuchten, mit militärischer Gewalt die Kontrolle über eine Ressource wiederzugewinnen, die sie als ihr Eigentum betrachteten. Die Luftwaffe konzentrierte sich nach anfänglichen Zielen psychologischer Kriegsführung auf rein militärische Ziele. Am 5. November landeten Fallschirmeinheiten am Flughafen Gamil, und Einheiten der Royal Marines landeten am folgenden Tag an der ägyptischen Küste. Port Said wurde durch Brände fast vollständig zerstört^[6]. Trotzdem befanden sich die Briten und Franzosen dem militärischen Sieg nahe, doch sie hatten nicht mit dem entschiedenen Widerstand des US-Präsidenten Dwight Eisenhower gerechnet.

Die amerikanische Position war entscheidend für das Scheitern der europäischen Militärintervention. Die USA als dominierender NATO-Staat lehnten dieses Vorgehen strikt ab und beschädigten damit das Verhältnis zu ihren europäischen Verbündeten^[3]. Die USA setzten über UN-Voten sowie währungs- und handelspolitische Sanktionen einen Waffenstillstand durch, während der Sowjetkreml den Briten und Franzosen indirekt mit dem Einsatz von Nuklearwaffen drohte, wenn sie die Kampfhandlungen gegen Ägypten nicht einstellten^[33]. Diese koordinierte Aktion der Supermächte, motiviert durch unterschiedliche strategische Interessen, führte zum Rückzug der französischen, britischen und israelischen Truppen aus den Gebieten, die sie in Ägypten besetzt hatten. Im Dezember 1956 wurde eine UN-Friedenstruppe an die israelisch-ägyptische Grenze verlegt und im März 1957 die Krise beigelegt^[3].

Die Folgen der Sueskrise waren weitreichend und markierten das Ende der europäischen Dominanz in der arabischen Welt. Die Durchfahrt des Kanals blieb infolge der von Ägypten versenkten Schiffe noch bis 1957 versperrt^[6]. Trotz militärischer Niederlage gelang es Nasser, die militärische Niederlage vor der arabischen Öffentlichkeit in einen politischen Sieg zu verwandeln, was seine Position als Symbolfigur des neuen arabischen Nationalismus erheblich stärkte^[3]. Mittelfristig führten die Ereignisse zu einer engen Bindung Ägyptens an die Sowjetunion, und der Nahostkonflikt wurde dadurch Teil des Kalten Kriegs^[3]. Moskau unterzeichnete ein Abkommen mit Nasser, in dem es finanzielle Unterstützung für den Bau des Assuanstaudamms zusagte, und Ägypten avancierte für mehr als zwanzig Jahre zum sowjetischen Hauptverbündeten in der arabischen Welt^[33].

Die Camp-David-Verhandlungen und die Westliche Strategische Neuausrichtung (1978-1979)

Mit dem Camp-David-Abkommen von 1978 und dem nachfolgenden Israelisch-Ägyptischen Friedensvertrag von 1979 etablierte der Westen unter Führung der USA ein fundamentales neues

Regime der Kontrolle über Ägypten, das die direkte militärische Intervention durch institutionalisierte finanzielle und militärische Abhängigkeit ersetzte. Auf Vermittlung des US-Präsidenten Jimmy Carter traten die Verhandlungsteams Israels unter Leitung von Ministerpräsident Menachem Begin und Ägyptens unter Leitung von Präsident Anwar as-Sadat am 5. September 1978 in Camp David zu zunächst geheimen Verhandlungen zusammen^[7]. Die Verhandlungen waren mit großen diplomatischen Schwierigkeiten verbunden, und mehrfach standen sie vor dem Abbruch. Carter überredete beide Seiten, zu bleiben, und setzte schließlich durch geschicktes diplomatisches Manövring durch, dass beide Länder den USA gegenüber Zugeständnisse machten, die sie sich gegenseitig nicht hätten machen können^[10].

Die zentralen Forderungen während der Verhandlungen waren der Rückzug Israels von der Sinai-Halbinsel und ein Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel, die sich seit dem Sechstagekrieg von 1967 im Kriegszustand befanden^[7]. Der Friedensvertrag sollte die gegenseitige Anerkennung beinhalten und diplomatische Vertretungen in den Ländern erlauben, ebenso wie einen freien Warenaustausch zwischen beiden Nationen^[7]. Nach zwölf intensiven Tagen wurden die Ergebnisse präsentiert, die zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und Ägypten und einer Beruhigung des Nahostkonfliktes beitragen sollten^[7]. Am 26. März 1979 unterzeichneten Israel und Ägypten den abgeschlossenen Vertrag, der am 21. März 1979 von der Knesset mit großer Mehrheit gebilligt wurde^[7]. Israel zog seine Truppen bis April 1982 vom Sinai ab und gab auch seine dortigen Militärflugplätze Eitam, Etzion, Ofira und Refidim auf^[7].

Der eigentliche Zweck dieses Abkommens aus westlicher Perspektive war jedoch nicht primär die Förderung des Friedens, sondern die strategische Bindung Ägyptens an den Westen und die Verhinderung eines sowjetischen Einflusses in dieser kritischen Region. Das Abkommen verschaffte den USA ein entscheidendes geostrategisches Instrument: einen arabischen Staat, der auf die USA angewiesen war und Israel anerkannte, während gleichzeitig die sowjetische Influenzspäre in der Region begrenzt wurde. Als Gegenleistung für die Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Friedensabkommens beschloss der US-amerikanische Senat 1985 eine jährliche, nicht rückzahlbare Militärhilfe von 1,3 Milliarden US-Dollar für Ägypten^[21]. Diese Summe war enorm und signalisierte der Welt, dass die USA bereit waren, erhebliche Ressourcen einzusetzen, um Ägypten im westlichen Lager zu halten.

Ägypten geriet durch diesen Separatfrieden innerhalb der arabischen Welt zeitweilig in Isolation, was das Abkommen zu einem zweischneidigen Schwert machte^[7]. Dennoch, oder vielleicht gerade deshalb, hatte die westliche Strategie das Ziel erreicht: Ein bevölkerungsreiches, militärisch bedeutsames arabisches Land war nun dauerhaft an den Westen gebunden. Das Mubarak-Regime versprach Stabilität in einer sehr unruhigen Region und die Einhaltung des Friedensvertrags von Camp David mit Israel^[8]. Er stellte sich als Garant dar, ohne den das Chaos ausbrechen würde, und diese Rechnung vergütete ihm der Westen mit mehreren Milliarden Dollar pro Jahr^[8].

Die Mubarak-Ära: Massive Militärhilfe und Konditionierendes Engagement (1981-2011)

Die dreißig Jahre der Herrschaft von Husni Mubarak vom Oktober 1981 bis Februar 2011 waren geprägt durch ein paradoxes westliches Engagement: massive finanzielle und militärische

Unterstützung, die mit öffentlichen Kritikpunkten bezüglich der mangelnden Demokratie und der Menschenrechtsverletzungen vermischt wurde, ohne dass dies zu substanziellen Konsequenzen für das Regime führte. Das Mubarak-Regime wurde vom Westen – von den USA, Israel wie auch der Europäischen Union – gestützt^[11]. Der Hauptgrund dafür war die Tatsache, dass Ägypten 1979 als erster arabischer Staat einen Friedensvertrag mit Israel schloss und damit eine berechenbare Größe in der Krisenregion Nahost darstellte^[11].

Für die westliche Diplomatie war das System Mubarak darüber hinaus ein möglicher Verbündeter gegen bestehende und potentielle islamistische Bewegungen^[11]. Die westlichen Länder fürchteten, dass eine Machtübernahme durch die Muslimbruderschaft zu einer Umkehrung der pro-westlichen Außenpolitik und möglicherweise zur Aufkündigung des Friedensvertrags mit Israel führen könnte. Besonders die Bewegung der Muslimbruderschaft wurde in Ägypten unterdrückt^[11], und der Westen tolerierte oder unterstützte sogar diese Unterdrückung, weil sie die Alternative – eine islamistische Regierung – für noch gefährlicher hielt.

Die materielle Dimension dieser westlichen Unterstützung war enorm. Von den USA erhielt Mubarak 1,3 Milliarden Dollar Militärhilfe pro Jahr sowie Wirtschaftshilfe in Höhe von 700 Millionen Dollar^[11]. Diese Summen waren vergleichbar mit denen, die nur Israel erhielt, und signalisierten die strategische Priorität Ägyptens für die amerikanische Außenpolitik. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Mubaraks Ägypten galten als ungetrübt, und aufgrund der strategischen Lage im Nahen Osten war das Land ein Schwerpunkt deutscher diplomatischer Aktivität. Berlin zahlte im Durchschnitt 64 Millionen Euro pro Jahr^[11]. Die Militärhilfe war dabei nicht symbolisch, sondern hatte direkten Einfluss auf die ägyptische Fähigkeit, militärische Macht zu projizieren.

Bis zum Sturz Mubaraks im Februar 2011 kam das Gros der ägyptischen Waffenbestände aus den USA^[21]. Für das CENTCOM, das Zentralkommando für den Nahen und Mittleren Osten, mit dessen Aufstellung das Pentagon 1983 begonnen hatte, war Ägypten eine Schlüsselbasis des amerikanischen Sicherheitssystems in der Region^[21]. Zwischen 1985 und 2020 flossen insgesamt rund 50 Milliarden US-Dollar an militärische Hilfe nach Ägypten^[21]. Damit wurden F-16-Kampfjäger, Raketen, Kampfhubschrauber und Einzelteile für Abrams-Panzer, die seit den 1990er-Jahren in Ägypten montiert wurden, finanziert^[21]. Alle zwei Jahre übten US-amerikanische und ägyptische Streitkräfte bei den sogenannten "Bright-Star-Manövern" zusammen, was die Tiefe der militärischen Integration zwischen beiden Ländern verdeutlichte^[21].

Diese massive militärische Unterstützung war strategisch kalkuliert. Sie zielte darauf ab, Ägypten ausreichend stark zu machen, um regional als Stabilisierungsfaktor zu fungieren und um der israelischen Überlegenheit nicht völlig unterlegen zu sein, ohne dabei so stark zu werden, dass es Israel militärisch bedrohen könnte. Die USA garantierten dabei ausdrücklich die strategische Überlegenheit Israels^[21]. Dadurch wurde ein subtiles militärisches Gleichgewicht geschaffen, das den amerikanischen Interessen in der Region entsprach: Weder Israel noch Ägypten sollte dominant werden, sondern beide sollten von den USA abhängig bleiben.

Mubarak stützte seine Macht auf die Armee und die Geheimdienste – und auf die milliardenschwere Militärunterstützung aus den USA^[8]. Die westlichen Staaten vollzogen dabei ein diplomatisches Balanceakt: Sie kritisierten öffentlich die Unterdrückung von Oppositionellen und die

Einschränkung der Menschenrechte, stellten aber die Militärhilfe nicht ein, solange Mubarak als stabiler Partner fungierte^[11]. Sowohl während der Proteste 2011, welche zu diesem Zeitpunkt bereits über tausend tote Demonstranten forderten, als auch während der folgenden Militärregierung, wurde die Zahlung der Militärhilfe durch die USA nicht eingestellt^[11]. Dies war ein klares Signal, dass geopolitische Stabilität für die USA wichtiger war als demokratische Reformen oder Menschenrechtsverletzungen.

Die Regierung Mubaraks war noch bis zuletzt vor allem von den USA, Europa und Israel gestützt worden^[11]. Als Hintergrund dafür wurden hauptsächlich sicherheitspolitische Bedenken bei einer Übernahme der ägyptischen Regierung durch islamistische Oppositionelle sowie Mubaraks Vorgehen gegen islamistische Terroraktivitäten im Gaza-Streifen angesehen^[11]. Diese Begründung war symptomatisch für die westliche Außenpolitik: Alles war akzeptabel, solange es dem Kampf gegen Islamismus diente, und Demokratie wurde als sekundär gegenüber Stabilität betrachtet.

Die Revolution 2011: Begrenzte Westliche Einmischung und Strategische Anpassung

Die ägyptische Revolution von 2011 war ein Moment, in dem sich die begrenzte Kontrolle des Westens über interne ägyptische Prozesse manifestierte. Am 25. Januar 2011 begannen in den großen Städten Ägyptens Demonstrationen, die am Freitag, dem 28. Januar 2011, bezeichnete als "Tag des Zorns", einen ersten Höhepunkt erlebten^[9]. Die Demonstranten wendeten sich vor allem gegen das von Oktober 1981 bis Februar 2011 bestehende Regime des damals noch amtierenden ägyptischen Präsidenten Muhammad Husni Mubarak, dem Korruption und Amtsmisbrauch vorgeworfen wurden^[9].

Die westlichen Staaten reagierten zunächst zögerlich auf die Ereignisse. Am 29. Januar 2011 berief Mubarak Omar Suleiman zum Vizepräsidenten und übertrug ihm Teile seiner Macht^[9]. Dies war ein klassisches Manöver zur Beschwichtigung von Oppositionellen, ohne die Grundstruktur der Macht zu verändern. Der Westen, insbesondere die USA, versuchte zunächst, einen geordneten Übergang zu bewerkstelligen, der das Regime in einer neuen Form bewahren würde. US-Präsident Barack Obama forderte Mursi in einem Telefonat dazu auf, auf die Demonstranten zuzugehen^[13], doch die Position der USA war unentschieden zwischen der Unterstützung des Mubarak-Regimes und der Anerkennung der Volksforderungen.

Der entscheidende Faktor für das Ergebnis war jedoch nicht der westliche Einfluss, sondern die Massenbewegung selbst. Nach Massenprotesten unterschiedlicher Teile der ägyptischen Bevölkerung wurde Mubarak am 11. Februar 2011 zum Rücktritt gezwungen^[9]. Eine Richterkommission ermittelte später, dass bis zu diesem Tag 846 Menschen gewaltsam zu Tode gekommen waren^[9]. Das Militär übernahm daraufhin unmittelbar die Macht, und der Oberste Rat der Streitkräfte kündigte Verfassungsreformen und freie Wahlen an^[9].

Die westliche Strategie nach dem Sturz Mubaraks war, den Übergang so zu gestalten, dass die Grundstruktur der pro-westlichen Außenpolitik und der strategischen Ausrichtung Ägyptens erhalten bleiben würde. Dies war jedoch eine schwierige Aufgabe, da die ägyptische Bevölkerung demokratische Reformen und eine Reduktion der Abhängigkeit vom Westen verlangte. Die Militärführung, die den westlichen Unterstützungssystemen sehr vertraut war, war daher der

natürliche Partner für den Westen während dieser Übergangsphase. Die USA setzten ihre Militärhilfe fort, was signalisierte, dass die grundlegenden Allianzen trotz des Regimewechsels erhalten bleiben würden.

Der Westen hatte keine direkten militärischen Sanktionen gegen Ägypten verhängt, auch nicht während der Phase der massiven Proteste und des Militäreinsatzes gegen Demonstranten^[9]. Dies war eine bewusste politische Entscheidung: Das westliche Interesse an der Bewahrung des strategischen Status quo war größer als das Interesse an der Förderung von Demokratie. Die westlichen Staaten stellten sich damit auf die Seite der institutionellen Kontinuität gegen die Volksbewegung.

Der Militärputsch von 2013 und die Westliche Akzeptanz

Der Militärputsch vom 3. Juli 2013 unter Führung des Militärratschefs Abd al-Fattah as-Sisi war ein Moment, in dem sich das westliche Engagement in Ägypten offenbarte. Beim Militärputsch in Ägypten 2013 setzte die Militärführung nach vorherigem 48-stündigen Ultimatum den Staatspräsidenten Mohammed Mursi ab, setzte die Verfassung außer Kraft und übernahm die Macht^[13]. Die Absetzung des Präsidenten Mursi durch das ägyptische Militär erfolgte zwar nach politischem Druck durch Demonstrationen und Protestaktionen, aber die Entscheidung zum Sturz Mursis traf die Militärführung bereits Tage vor den Massenprotesten^[13].

Die Muslimbruderschaft, zu der Mursi gehörte, hatte bei den Wahlen 2012 gesiegt und Mursi zum Präsidenten gemacht. Dies war paradox für den Westen: Man hatte das Mubarak-Regime zur Unterdrückung der Muslimbruderschaft unterstützt, aber als diese auf demokratischem Wege an die Macht kam, war dies für den Westen nicht akzeptabel. Die westliche Strategie hatte sich selbst widersprochen. US-Präsident Barack Obama hatte vor dem Putsch seine "tiefe Sorge über Gewalt bei den Demonstrationen" ausgedrückt und gemahnt, dass "Demokratie sich nicht in Wahlen erschöpft"^[13], was für viele Beobachter als stillschweigende Billigung des kommenden Putsches interpretiert wurde.

Die westliche Reaktion auf den Putsch war paradox: Während Menschenrechtsorganisationen das Militär kritisierten und die Absetzung eines gewählten Präsidenten als verfassungswidrig verurteilten, hielten die westlichen Regierungen grundsätzlich an ihrer Unterstützung fest. Die USA kündigten zwar an, die Auslieferung von F-16-Kampfflugzeugen, Harpoon-Raketen und anderer Ausrüstung zu suspendieren, nachdem das Militär Demonstrationen blutig niedergeschlagen hatte – besonders nach dem Massaker auf dem Rabaa-al-Adawiya-Platz im August 2013, dem mehr als 1.000 Putschgegner aus den Reihen der Muslimbrüder zum Opfer fielen^[21]. Jedoch war diese Suspension nur vorübergehend.

US-Präsident Barack Obama hob einen Mitte 2013 verhängten Exportstopp für F-16-Kampfjets an Ägypten auf^[24]. Dies geschah, obwohl die Menschenrechtslage sich unter Sisi weiter verschlechtert hatte. Die Entscheidung signalisierte, dass die westliche Hemmschwelle zur Wiederaufnahme der vollen militärischen Zusammenarbeit überraschend niedrig war. Im Januar 2018 unterzeichneten die USA und Ägypten eine neue Vereinbarung, die die Militärkooperation weiter vertiefte^[21]. Dies war ein klares Signal: Der Westen hatte sich für Sisi entschieden, trotz seiner autoritären Praktiken, weil er als vorhersagbarer Garant von Stabilität und pro-westlicher Außenpolitik galt.

Nach dem Sturz Mursis wirkte eine Allianz aus Militärs, Justiz und Sicherheitsapparat zusammen^[13]. Der Putsch wurde vom koptischen Patriarchen, dem Imam der Kairoer al-Azhar-Universität, Vertretern der Protestbewegung Tamarod sowie vom linksliberalen Führer des Oppositionsbündnisses Nationale Heilsfront, Mohammed el-Baradei, und Vertretern der salafistischen Nur-Partei offiziell unterstützt und begrüßt^[13]. Dies war ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen die Muslimbruderschaft, das jedoch von einer militärischen Machtergreifung gekennzeichnet war. Dem Westen war diese Konfiguration recht, da sie vordergründig den Anschein von Vielfalt wahrte, während die militärische Kontrolle gesichert wurde.

Die Außenpolitische Neuorientierung und die Schwächung Westlicher Einflussnahme (2013-2016)

Nach dem Militärputsch von 2013 versuchte die Sisi-Führung, eine Neuorientierung in der Außenpolitik durchzuführen, die die Abhängigkeit vom Westen verringern sollte. Dies war eine Reaktion auf die Tatsache, dass die westlichen Unterstützungsversprechen nicht ausreichend waren, um Ägyptens dramatische wirtschaftliche Probleme zu lösen. Anders als in der 30-jährigen Mubarak-Ära, als Ägypten sein regionales wie internationales Auftreten weitgehend mit seinen westlichen Partnern, allen voran den USA, abstimmte, setzte das Land nun auf außenpolitische Diversifizierung^[1]. Es vollzog einen Schulterschluss mit den drei Golfstaaten Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und Kuwait, und intensivierte seine Beziehungen zu Russland^[1].

Dadurch hat Ägypten seine enge Anbindung an den Westen deutlich abgeschwächt^[1]. Mit dieser Neuorientierung kam ein Wechsel in der Rüstungspolitik einher. Während in früheren Jahrzehnten amerikanische Rüstungsgüter gekauft wurden, setzt die Führung in Kairo nun auf verschiedene Bezugsquellen, darunter insbesondere Frankreich und Russland^[1]. Diese Diversifizierung war ein bewusster Versuch, die Abhängigkeit von den USA zu verringern und handlungsfähiger zu werden. Auch Ägypten offensiv seinen militärischen Führungsanspruch in der arabischen Welt untermauert – durch die Militärintervention in Libyen von Februar 2015^[1].

Die Golfstaaten wurden zu neuen, wenn auch wackligen Partnern. Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate stellten 25 Milliarden US-Dollar verfügbar^[1]. Dies war ein enormer Vertrauensbeweis in die Stabilität des Sisi-Regimes und ein Signal, dass die sunnitischen arabischen Monarchien die neue Ausrichtung Ägyptens unterstützten. Gleichzeitig konnte Ägyptens Führung die Beziehungen zu den westlichen Staaten weitgehend normalisieren, ohne dafür Zugeständnisse hinsichtlich politischer oder wirtschaftlicher Reformen machen zu müssen^[1]. Dass das Sisi-Regime brutal gegen Opposition und Zivilgesellschaft vorging, hatte somit kaum Konsequenzen auf Seiten der internationalen Staatengemeinschaft^[1].

Allerdings wurde spätestens Anfang 2016 deutlich, dass sich durch die neue Außenpolitik die Zahlungsfähigkeit des Landes mittelfristig nicht sichern lässt^[1]. Die Golfstaaten zeigten Anzeichen einer schwindenden Hilfsbereitschaft, möglicherweise weil sie die wirtschaftliche Situation Ägyptens als sich verschlechternd betrachteten. Daher musste sich die Sisi-Administration wieder stärker auf die westlichen Staaten und die von ihnen dominierten internationalen Geberorganisationen zubewegen^[1]. Im Juli 2016 ersuchte Ägypten schließlich den Internationalen

Währungsfonds um Hilfe. Ein Kredit über 12 Milliarden US-Dollar sollte nun makroökonomische Stabilisierung ermöglichen^[1].

Mit dieser Rückkehr zu westlichen Institutionen kam auch eine teilweise Rückkehr zur westlichen Abhängigkeit. Dies zeigte, dass trotz der Versuche zur Diversifizierung die fundamentalen wirtschaftlichen Strukturen Ägyptens es nicht erlaubten, sich vom Westen unabhängig zu machen. Der Versuch der außenpolitischen Neuorientierung scheiterte also wirtschaftlich, und Ägypten musste erkennen, dass es trotz allem auf den IWF und damit indirekt auf die westliche finanzielle Unterstützung angewiesen war.

Wirtschaftliche Interventionen und die IWF-Abhängigkeit

Die Rolle des Internationalen Währungsfonds in Ägypten ist ein paradigmatisches Beispiel dafür, wie westliche Institutionen wirtschaftlichen Druck ausüben, um politische Ziele zu verfolgen. Ägypten stand 2013 kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Die Devisenreserven des Landes reichten im damaligen Frühjahr nicht einmal mehr für eine dreimonatige Deckung der Importe, ein kritischer Wert aus Sicht des IWF^[29]. Entscheidenden Beistand leisteten letztlich die drei Golfmonarchien Saudi-Arabien, Kuwait und Vereinigte Arabische Emirate (VAE)^[29].

Diese drei Finanzierungsquellen hingen unmittelbar miteinander zusammen. Der IWF knüpfte seine Unterstützung an die Zahlungsbereitschaft anderer externer Geber, was insbesondere die Gläubigerstaaten Ägyptens betraf^[29]. Und zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung seiner Kapitalmarktfähigkeit brauchte das Land das Gütesiegel des Währungsfonds^[29]. Dies war ein subtiles, aber effektives Kontrollmechanismus: Der Westen (vertreten durch den IWF) und die arabischen Monarchien (vertreten durch ihre finanziellen Zuwendungen) agierten als ein Beziehungssystem, das Ägypten an bestimmte Bedingungen zwang.

Nach 2011 hatte sich insbesondere die Militärführung zunächst strikt gegen Programme des Währungsfonds gewandt, offenbar weil sie Konditionalitäten fürchtete, die zu Wirtschaftsreformen zwingen würden^[29]. Doch nun schwanden Ägyptens Devisenreserven, was eine Einigung mit dem IWF alternativlos machte^[29]. Im Juli 2016 ersuchte Ägypten schließlich den Internationalen Währungsfonds um Hilfe, und die Bedingungen waren unvermeidlich.

Die enge Abstimmung mit dem Währungsfonds erweckte den Eindruck, die Sisi-Administration verhalte sich grundsätzlich anders als die Vorgängerregierungen^[29]. Hinzu kam, dass die Rating-Agenturen dem positiven Urteil des IWF folgten und Ägypten in ihren Bewertungen hochstuften^[29]. Insbesondere der massive Ausbau der Devisenreserven wurde hier als vorteilhaft betrachtet^[29]. Dies war jedoch eine oberflächliche Analyse, die nicht die zugrunde liegenden strukturellen Probleme adressierte.

Die IWF-Programme zwangen Ägypten zu Reformen, die oftmals die Armen stärker belasteten als die Reichen. Maßnahmen wie die Liberalisierung des Devisensystems und die Reduktion von Subventionen verschärften die Lebensbedingungen für große Teile der Bevölkerung^[26]. Mit anderen Worten, die westliche finanzielle Macht wurde genutzt, um interne Reformen durchzusetzen, die den Westen bevorzugten, ohne dass dies notwendigerweise zu einer demokratischen Verbesserung oder zu einer breiteren Wohlfahrtssteigerung führte.

Die EU hat eine kurzfristige Finanzhilfe im April 2024 in Höhe von 1 Milliarde EUR zugesagt und unterstreicht damit ihre unmittelbare Unterstützung zur Abfederung der Auswirkungen wirtschaftlicher Störungen^[26]. Dies ist ein weiteres Beispiel für die westliche finanzielle Unterstützung, die mit bestimmten politischen Bedingungen verbunden ist.

Die Europäische Union und die Conditional Partnerships

Die Europäische Union hat in der jüngsten Vergangenheit eine neue Strategie gegenüber Ägypten entwickelt, die versucht, finanzielle Unterstützung mit Bedingungen zu verknüpfen, insbesondere mit Menschenrechtsstandards. Die Europäische Union hat am Wochenende eine "umfassende Partnerschaft" mit Ägypten in Höhe von 7,4 Milliarden Euro unterzeichnet^[19]. Diese Summe liegt deutlich über den bisherigen Hilfsleistungen und signalisiert eine erneute Vertiefung des EU-Engagements in Ägypten.

Die Motivation hinter dieser Partnerschaft ist jedoch komplex. Ein Großteil der Mittel ist für die Bekämpfung der irregulären Migration bestimmt, ein Bereich, in dem die EU Ägypten als Schlüsselspieler sieht. Nach Tunesien und Mauretanien hat die Europäische Union einen neuen "strategischen" Partner zur Eindämmung der irregulären Migration gefunden: Ägypten^[19]. Dies bedeutet, dass die EU bereit ist, erhebliche Mittel einzusetzen, um Ägypten zur Kontrolle von Migrationsströmen zu bewegen.

Die Bedingungen dieser Partnerschaft sind nominell human- und rechtsstaatlichkeitsorientiert. Ein Sprecher der Kommission erklärte, die Menschenrechte seien seit dem Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens im Jahr 2004 Teil der Beziehungen zwischen der EU und Ägypten und würden dies auch im Rahmen der verstärkten Partnerschaft sein^[19]. Jedoch zeigt die Praxis, dass diese Bedingungen nicht effektiv durchgesetzt werden. "Es gibt viele Themen, die behandelt werden müssen und die es erfordern, dass wir mit Ägypten zusammenarbeiten. Wir können nicht so tun, als gäbe es dieses Land nicht, und wir können es auch nicht einfach ignorieren", sagte der Sprecher und verwies auf die Arbeit, die geleistet wurde, um dem Gaza-Streifen Hilfe zu bringen^[19].

Dies ist eine klassische Rationalisierung des Engagements trotz schwerwiegender Bedenken. Die EU argumentiert, dass das Engagement mit Ägypten notwendig ist, weil das Land in kritischen Fragen (Migration, Gaza, regionale Stabilität) relevant ist. Jedoch bedeutet dies praktisch, dass andere Ziele (Menschenrechte, Demokratie) diesem pragmatischen Engagement untergeordnet werden.

Die Agentur der EU weist jedoch auf zwei zusätzliche "Push-Faktoren" hin, die den Exodus ägyptischer Staatsangehöriger vorantreiben: die Unterdrückung der Menschenrechte und die "Sicherheitslage", eine Anspielung auf die Anti-Terror-Kampagne auf der Halbinsel Sinai^[19]. Damit wird implizit zugegeben, dass die EU-Politik selbst (durch die Unterstützung des Sisi-Regimes) zu den Bedingungen beiträgt, die Menschen zur Migration drängen.

Seit dem Staatsstreich von 2013 hat Abdel Fattah al-Sisi, ein ehemaliger General, seine Macht gestärkt, seine präsidialen Vorrechte ausgeweitet und die Rolle des Militärs im zivilen Leben vertieft, was zu Vorwürfen von Klientelismus, Vetternwirtschaft und Korruption führte^[19]. Organisationen wie Freedom House, Human Rights Watch und Amnesty International beschreiben

Ägypten als ein autoritäres Land, in dem die Meinungs- und Versammlungsfreiheit zwar rechtlich anerkannt, in der Praxis jedoch stark eingeschränkt sind^[19]. Gerichte, Medien und der Privatsektor sind dem Staat untergeordnet, und die Diskriminierung von Minderheiten wie LGBTQ+-Personen, koptischen Christen, Schiiten und farbigen Menschen ist weit verbreitet^[19].

Berichte über Folter und gewaltsames Verschwindenlassen von politischen Kritikern und Andersdenkenden haben ebenfalls internationales Aufsehen erregt^[19]. Während ihrer Pressekonferenz mit al-Sisi versprach von der Leyen, "Demokratie und Menschenrechte zu fördern", ging aber ansonsten nicht weiter darauf ein^[19]. Dies war ein typisches diplomatisches Manöver: Öffentliche Rhetorik zur Beschwichtigung der Kritiker, aber keine substanzelle Änderung der Politik.

Ein Sprecher der Commission erklärte später, dass die Menschenrechte Teil der Beziehungen zwischen der EU und Ägypten sein würden^[19], doch es ist unklar, wie diese Bedingungen durchgesetzt werden sollen. "Die Wirtschaftskrise in Ägypten ist sehr, sehr eng mit der Menschenrechtskrise verwoben", sagte Francavilla gegenüber Euronews^[19]. "Ägypten hat eine autoritäre Militärführung, die jeden Teil des Lebens im Lande, einschließlich der Wirtschaft, stranguliert und durch ihre Unterdrückung alles beseitigt hat, was einer Kontrolle der Macht ähnelt^[19]."

Sara Prestianni, Direktorin für Advocacy bei EuroMed Rights, forderte die EU auf, eine "klare" Verbindung zwischen Auszahlungen und Rechtsstaatlichkeit herzustellen. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass die Partnerschaft nur eine Legitimierung des autoritären Kurses sei, der das Regime von al-Sissi heute kennzeichne^[19]. "Deshalb müssen alle diese Reformen, alle diese Kooperationen streng an die Einhaltung der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit geknüpft sein^[19]." Dies ist ein wichtiger Punkt: Ohne Bedingungen ist die finanzielle Unterstützung der EU tatsächlich eine Form von Unterstützung für das Regime.

Der europäische Druck, die irreguläre Ausreise zu verringern, könnte die ägyptischen Behörden dazu ermutigen, "ihre repressiven Maßnahmen zu verdoppeln", warnt Andrew Geddes, der Direktor des Zentrums für Migrationspolitik am Europäischen Hochschulinstitut (EUI)^[19]. Dies würde zu noch größerem Leid für diejenigen führen, die sich als Flüchtlinge dort aufhalten^[19]. "Die Asylbewerber in Ägypten sind in hohem Maße auf humanitäre Hilfe angewiesen, leben unter sehr schlechten Bedingungen und haben eine hohe Arbeitslosigkeit. Es ist unwahrscheinlich, dass die von der EU bereitgestellten Mittel von den ägyptischen Behörden zur Verbesserung dieser Situation eingesetzt werden", sagte Geddes gegenüber Euronews und nannte die Partnerschaft ein "Transaktionsabkommen^[19]."

Dies ist die moderne Form der westlichen Einmischung in Ägypten: nicht direkte militärische Invasion, sondern finanzielle Konditionalität, die verwendet wird, um Verhaltensänderungen zu erzwingen, die den westlichen Interessen entsprechen, während gleichzeitig die Menschenrechtsfrage marginalisiert wird.

Die Militär-Industrie-Beziehung und die Fortsetzung der Waffentransfers

Die Militärbeziehungen zwischen dem Westen und Ägypten sind tiefgreifend institutionalisiert und gehen weit über die bloße Lieferung von Waffen hinaus. Sie umfassen gemeinsame Trainingsmaßnahmen, Technologietransfer und eine Vielzahl anderer Formen der militärischen Zusammenarbeit, die das ägyptische Militär direkt mit westlichen militärischen Strukturen verbinden.

Nach 2011 setzten die USA die Militärhilfe trotz der Revolution fort. Dies war strategisch: Das ägyptische Militär war der wichtigste westliche Bündnispartner in Ägypten, und die USA wollten sicherstellen, dass es dieser Rolle treu blieb^[11]. Während der Proteste 2011 wurden die Demonstrationen von weltweiten Medienberichten begleitet; der Tahrir-Platz in Kairo war im Zentrum der internationalen Berichterstattung^[9]. Der Westen konnte nicht ignorieren, was dort geschah, aber er konnte weiterhin das Militär unterstützen, das als der Garant der Ordnung wahrgenommen wurde.

Die Militärintervention war nach anhaltenden und zunehmend gewalttätigen Protesten gegen die der islamistischen ägyptischen Muslimbruderschaft nahestehende Regierung Mursis erfolgt und verschärfe die Staatskrise in Ägypten^[13]. Westliche Medien berichteten, Mursi sei abgesetzt worden, nachdem dieser die Hoffnungen vieler Ägypter auf eine Demokratisierung nach dem Sturz Husni Mubaraks 2011 enttäuscht habe^[13].

Nach dem Putsch von 2013 versuchte die USA zwar kurzzeitig, durch Suspension von Waffentransfers Druck auf das Sisi-Regime auszuüben, zog dies aber schnell wieder zurück. Sisis Verbindungen zu den USA gelten als ausgezeichnet – die ägyptischen Streitkräfte werden von Washington mit jährlich rund 1,3 Milliarden Dollar Militärhilfe unterstützt^[8]. Diese konstante Unterstützung garantierte, dass Sisi als Partner für die USA unverzichtbar blieb.

Mit Frankreich entwickelte sich eine weitere Ebene der Militärbeziehungen. Ägypten avancierte nach Indien und Saudi-Arabien zum weltweit dritt-größten Waffenimporteur^[21]. Der Schwerpunkt der Aufrüstung ist die Modernisierung der Luftwaffe^[21]. Frankreich lieferte eine Vielzahl von Rüstungsgütern. Im Laufe eines Zeitraums bot Frankreich Ägypten mehrmals Rüstungsgüter an. Ein großer Deal umfasste ein Gesamtumfang von 5,2 Milliarden Euro: eine FREMM-Mehrzweckfregatte von Naval, Marschflugkörper und 24 Rafale-Kampfjets^[21]. Bezahlt wurde der Deal zur Hälfte von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten und zur Hälfte mittels eines französischen Bankenkonsortiums. Am 8. Mai 2021 meldete die französische Tageszeitung die Bestellung weiterer 30 Rafale-Kampfjets zu einem Preis von insgesamt 3,75 Milliarden Euro^[21]. Diesmal wurde der Deal durch ein französisches Bankenkonsortium vorfinanziert.

Diese Waffenverkäufe sind nicht bloß kommerzielle Transaktionen. Sie sind auch politische Instrumente, die Abhängigkeit schaffen. Ein Land, das modernste Waffen besitzt, benötigt Ersatzteile, Munition und technische Unterstützung vom Hersteller. Dies bindet die Käufernation dauerhaft an den Verkäufer und schafft eine asymmetrische Beziehung, in der der Verkäufer letztendlich entscheidenden Einfluss hat.

Gleichzeitig zeigte sich Ägypten besorgt über die technische Sicherheit seiner Waffen. 2020 orderte die ägyptische Luftwaffe aus Moskau zwei Sukhoi Su-35, die als Aushängeschild der russischen Luftwaffe gelten^[21]. Nach Bekanntwerden des Deals drohten die USA Ägypten mit Sanktionen auf der Basis der CAATSA-Verordnung (Countering America's Adversaries through Sanctions Act)^[21]. Damit versuchten die USA zu verhindern, dass Ägypten seine Rüstungsabhängigkeit diversifizierte. Dies war ein klassisches Instrument der westlichen Kontrolle: Sanktionsdrohungen, um Abhängigkeit zu erzwingen.

Trotz dieser Drohungen nicht verfolgt – wohl weil die USA erkannten, dass eine zu harte Position Ägypten weiter in Richtung Russland und China treiben würde. Die ägyptische Wunschliste ist jedoch noch länger: So soll die US-Regierung der Lieferung von 23 Chinook-Kampfhubschraubern der Firma Boeing sowie Lenkraketen genehmigt haben^[21]. Dies zeigt, wie tiefgreifend die militärische Integration zwischen den USA und Ägypten ist.

Westliche Einmischung in Ägyptens Innenpolitik und die Unterstützung für Autoritarismus

Ein oft übersehener Aspekt der westlichen Einmischung in Ägypten ist die Tatsache, dass westliche Staaten aktiv oder passiv die Unterdrückung von Opposition und Zivilgesellschaft unterstützt oder geduldet haben. Der Westen hat Ägypten in wesentlichen Bereichen unterstützt, in denen das Regime brutal handelte.

Das Sisi-Regime war brutal gegen Opposition und Zivilgesellschaft vorgegangen, hatte aber kaum Konsequenzen auf Seiten der internationalen Staatengemeinschaft^[1]. Dies war nicht zufällig, sondern das Ergebnis einer bewussten westlichen Entscheidung, dass Stabilität wichtiger als Demokratie sei. Der Sicherheitsapparat des Landes verfolgte zunehmend eine kompromisslose außergesetzliche Repressionspolitik^[1]. Unter der neuen Außenministerin Sameh Shoukry, die der ägyptische Präsident Sisi im Oktober 2015 im Amt beließ, wurde die Propaganda-Arbeit des Ministeriums deutlich verstärkt. In den sozialen Medien veröffentlichte die ägyptische Regierung regelmäßig "Gegendarstellungen" zu kritischen Berichten über die Menschenrechtslage im Land, begleitet von immer schillernden Stellungnahmen^[1].

Dies waren Mechanismen, durch die das Regime versuchte, seine Narrative zu kontrollieren und internationale Kritik zu neutralisieren. Der Westen akzeptierte dies, ohne substantielle Konsequenzen. Dies war nicht passiv – es war eine aktive Entscheidung, kritische Richtlinien nicht zu verfolgen, solange Ägypten pro-westlich blieb.

Die Repression hatte konkrete Konsequenzen für die ägyptische Bevölkerung. Der Westen hätte durch Sanktionen, Gewaltsperren und diplomatischen Druck ein Gegengewicht bieten können. Stattdessen entschied er sich dafür, das Regime zu unterstützen. Dies ist eine Form der Einmischung durch Unterlassung – indem der Westen nicht gegen Repression vorging, ermöglichte er sie implizit.

Ägyptens Rolle im Nahostkonflikt und die Westliche Kontrolle

Ein wichtiger Grund für die westliche Engagement in Ägypten ist die Rolle des Landes im Nahostkonflikt. Ägypten kommt im Nahostkonflikt eine Schlüsselposition zu^[18]. Das hat

historische, geo- und sicherheitspolitische sowie wirtschaftliche Gründe^[18]. Als erstes arabisches Land erkannte Ägypten 1979 den Staat Israel an^[18]. Heute ist es mit seiner direkten Grenze zum Gazastreifen und zu Israel unmittelbar vom Krieg betroffen^[18].

Die westliche Strategie bezüglich Ägyptens Rolle im Nahostkonflikt war immer, Ägypten als Vermittler und Stabilisator zu verwenden. Allerdings ist diese Rolle ambivalent. Ägypten balanciert im Konflikt zwischen Israel und der Hamas auf einem schmalen Grat^[31]. Man will die Angriffe der Hamas nicht unterstützen, aber auch nicht eindeutig verurteilen^[31]. Das hat unter anderem historische Gründe. Die Ausbruch des Krieg in Israel und Gaza 2023 sorgte für eine der schwersten Belastungsproben in den bilateralen Beziehungen seit 1979^[15].

Ägypten zeigte sich besorgt über die Besetzung des Philadelphi-Korridors entlang der Grenze zwischen Gaza und Ägypten (ein Bruch der Bestimmungen des Friedensvertrags) und israelische Verlautbarungen die Bevölkerung des Gazastreifens in den Sinai umsiedeln zu wollen^[15]. Der westliche Druck auf Ägypten, die Gaza-Grenze zu öffnen und humanitäre Hilfe zu ermöglichen, stand im Widerspruch zu Ägyptens Sicherheitsinteressen und seiner Angst vor einer Destabilisierung durch bewaffnete Gruppen.

Der jordanische König Abdullah hat el-Sissi gedrängt, den Grenzübergang Rafah zu öffnen, um humanitäre Hilfe zu leisten. El-Sissi scheint jedoch nicht die Biden-Administration provozieren zu wollen, obwohl Abdullah glaubt, dass Washington grünes Licht für die Maßnahme geben würde^[31]. Dies zeigt die komplexe Dynamik westlichen Drucks: Der Westen will Ägypten zur Hilfe zwingen, aber Ägypten fürchtet die sicherheitspolitischen Konsequenzen.

Die Zurückhaltung Ägyptens, die Grenze zu öffnen, ist Teil eines Musters unentschlossener Handlungen^[31]. Nach dem Rückzug aus dem Gazastreifen im Jahr 2005 schloss Israel einen Vertrag mit Ägypten, der die Verwaltung des Philadelphi-Korridors regeln sollte; einer schmalen Pufferzone entlang der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Ägypten^[31]. Dies war eine Form westlicher (insbesondere amerikanischer) Einmischung in die innere Grenzziehung Ägyptens und des Gazastreifens.

Aufgrund der Bewegung großer Menschenmassen aus dem Gazastreifen nach Nord-Sinai auf der Suche nach Nahrungsmitteln und grundlegenden Gütern übernahm Ägypten die Kontrolle über die palästinensische Seite des Korridors^[31]. Unter Mubarak arbeitete Kairo stillschweigend mit Israel zusammen, um den Gaza-Streifen zu isolieren: Phasenweise schloss Ägypten den Grenzübergang Rafah, um Druck auf Hamas auszuüben oder Waffenschmuggel zu unterbinden^[15].

Später räumte Sisi eine breite Pufferzone auf ägyptischer Seite der Grenze, wofür er die ägyptische Grenzstadt Rafah abreißen ließ, um jeglichen Tunnelbau zu verhindern^[15]. Dies war eine drastische Maßnahme, die tausende Ägypter ihrer Heimat beraubte, um die Sicherheit Israels zu gewährleisten. Der Westen tolerierte dies als Teil der strategischen Allianz.

Israelische Führer sagen jetzt, dass sie die Kontrolle über den Korridor wiedererlangen wollen. Das verärgert Ägypten^[31]. Kairo argumentiert, dass ein bilateraler Vertrag verlangt, dass die Parteien die Erlaubnis der anderen Partei einholen müssen, bevor sie militärische Maßnahmen ergreifen^[31]. Ägypten sagt auch, dass Israels Beschlagnahme des Philadelphi-Korridors eine Bedrohung seiner Souveränität darstellen und gegen die Camp-David-Abkommen von 1978 verstößen würde^[31].

Dies zeigt, dass trotz allem westlichen Druck und strategischen Engagements die Interessen Ägyptens und Israels nicht völlig kongruent sind. Der Westen muss ständig zwischen beiden vermitteln und Druck ausüben, um die strategische Allianz zusammenzuhalten.

Schlussfolgerung: Ein System der Abhängigkeit und Kontrolle

Die westliche Einmischung in Ägypten seit dem Ende des Kalten Krieges stellt ein kohärentes System dar, das sich von direkter militärischer Invasion (Sueskrise 1956) über institutionalisierte militärische Abhängigkeit (Mubarak-Ära) bis hin zu finanzielle Konditionalität (gegenwärtig) entwickelt hat. Allerdings ist dieses System nicht vollkommen: Der Westen hatte zu keinem Zeitpunkt totale Kontrolle über Ägypten. Vielmehr hat Ägypten versucht, wo möglich, seine Autonomie zu bewahren und den westlichen Einfluss zu diversifizieren.

Die zentralen Erkenntnisse dieser Untersuchung sind folgende: Erstens wurde westliche Einmischung durch geopolitische Strategien rechtfertigt – der Schutz des Suezkanals, die Garantie der Stabilität im Nahostkonflikt, die Verhinderung sowjetischen und später islamistischen Einflusses. Diese Ziele waren legitim aus einer westlichen Sicherheitsperspektive, aber sie führten zu massiven Konsequenzen für die ägyptische Bevölkerung.

Zweitens verwendet der Westen ein breites Spektrum von Instrumenten, um Ägypten zu beeinflussen: militärische Hilfe, Sanktionsdrohungen, finanzielle Konditionalität, diplomatischen Druck und Unterstützung für bestimmte innenpolitische Akteure (insbesondere das Militär). Dieses Spektrum von Instrumenten ermöglicht es dem Westen, flexibel auf Veränderungen in Ägypten zu reagieren.

Drittens zeigt sich ein grundlegender Widerspruch in der westlichen Politik: Der Westen sagt, dass er Demokratie und Menschenrechte unterstützt, aber er handelt nach dem Prinzip der Stabilität. Dies hat dazu geführt, dass der Westen Regime unterstützte und unterstützt, die Menschenrechte massiv verletzen. Der Westen konnte sich psychologisch damit auseinandersetzen, indem er behauptete, dass Stabilität eine Voraussetzung für später kommende Reformen sei, aber dies erwies sich als unwahr. Unter Mubarak gab es keine nennenswerten Reformen trotz dreißig Jahren westlicher Unterstützung.

Viertens ist die westliche Abhängigkeit Ägyptens fragil. Das Sisi-Regime hat versucht, diese Abhängigkeit durch Diversifizierung (Golfstaaten, Russland, Frankreich) zu reduzieren, musste aber feststellen, dass die Abhängigkeit vom Westen (insbesondere durch den IWF) zu tiefgreifend ist, um sie vollständig zu überwinden. Dies zeigt, dass das westliche System der Kontrolle durch wirtschaftliche Strukturen verankert ist, die schwer zu durchbrechen sind.

Fünftens ist die westliche Einmischung in Ägypten trotz ihrer verschiedenen Formen im Kern instrumentalisch. Der Westen interessiert sich nicht primär für die Wohlfahrt der ägyptischen Bevölkerung oder für demokratische Entwicklung, sondern für seine eigenen strategischen Interessen. Dies ist nicht moralisch verwerflich – es ist eine normale Praxis in internationalen Beziehungen – aber es sollte nicht beschönigt werden mit Rhetorik über Demokratie und Menschenrechte.

Perspektivisch stehen drei mögliche Entwicklungen zur Debatte. Erstens könnte sich die westliche Abhängigkeit Ägyptens weiter verringern, wenn es gelingt, wirtschaftliche Stabilität ohne westliche

Unterstützung zu erreichend. Dies erscheint jedoch unwahrscheinlich angesichts der strukturellen wirtschaftlichen Probleme Ägyptens.

Zweitens könnte der Westen versuchen, seine Kontrolle zu vertiefen, indem er finanzielle Unterstützung stärker an demokratische und Menschenrechtsreformen knüpft. Dies ist bereits ansatzweise bei der EU-Politik zu sehen. Allerdings ist unklar, ob dies effektiv wäre oder ob es nur zu einer Verstärkung der Zusammenarbeit mit nicht-westlichen Akteuren führen würde.

Drittens könnte es zu einer echten Diversifizierung kommen, in der Ägypten ein Balanceakt zwischen verschiedenen Akteuren (USA, EU, China, Russland, Golfstaaten) vollzieht. Dies wäre für Ägypten günstiger, da es mehr Spielraum für politische Manöver hätte. Allerdings würde dies die westliche Kontrolle schwächen und möglicherweise zu einer weniger stabilen Region führen aus westlicher Perspektive.

Zusammenfassung der Interventionsmechanismen

Die westliche Einmischung in Ägypten manifestierte sich in folgenden konkreten Formen:

1. Direkte militärische Intervention (1956)

- Militärische Aggression bei der Sueskrise durch Großbritannien, Frankreich und Israel
- Bombardierung ägyptischer Ziele und Landungen von Truppen
- Scheitern der Intervention durch US-amerikanischen und sowjetischen Widerstand

2. Institutionalisierte militärische Abhängigkeit (1979-2011)

- Jährliche Militärhilfe von 1,3 Milliarden US-Dollar
- Bereitstellung von F-16-Kampfjets, Abrams-Panzern, Hubschraubern
- Gemeinsame Trainingsübungen (Bright-Star-Manöver)
- Technologietransfer und militärische Kooperation
- Integration des ägyptischen Militärs in amerikanische Kommandostrukturen (CENTCOM)

3. Finanzielle Konditionalität und Budgethilfe

- Wirtschaftshilfe zur Stabilisierung des Regimes
- Deutsche Hilfe: durchschnittlich 64 Millionen Euro pro Jahr
- Internationale Währungsfonds (IWF)-Programme mit strukturellen Anpassungsauflagen
- Privatisierungsprogramme unter westlichem Druck

4. Politische Einflussnahme und Unterstützung bevorzugter Akteure

- Unterstützung des Militärs als bevorzugter Alliierter gegenüber zivilen Institutionen
- Stillschweigende Billigung des Militärputsches von 2013
- Fortsetzung der Militärhilfe trotz massiver Menschenrechtsverletzungen

5. Sanktionsdrohungen und Selektive Sanktionen

- Drohungen mit CAATSA-Sanktionen gegen Waffenimporte bei Russland
- Temporäre Suspension von Waffentransfers nach dem Rabaa-Massaker (2013)
- Schnelle Rücknahme von Sanktionen, wenn strategische Interessen gefährdet waren

6. Finanzielle Integration über internationale Institutionen

- IWF-Programme, die ägyptische Wirtschaftspolitik vorgeben

- Weltbank-Projekte unter westlicher Kontrolle
- Strukturelle Abhängigkeit durch Schulden

7. Kulturelle und mediale Einflusssphären

- Ausbildung ägyptischer Militäreliten an westlichen Institutionen
- Diplomatische Netzwerke und Think Tanks
- Nachrichtenmedien unter westlichem Einfluss

Die Rolle der Zivilgesellschaft und des Widerstands

Ein wichtiger Aspekt, der oft übersehen wird, ist der Widerstand gegen westliche Einmischung innerhalb Ägyptens. Die ägyptische Zivilgesellschaft, intellektuelle Kreise und Teile der Bevölkerung haben sich gegen die westlich gestützte Abhängigkeit gewehrt. Die Revolte von 2011 war teilweise auch ein Aufstand gegen die Abhängigkeit vom Westen und die Allianz mit Israel.

Jedoch zeigte sich auch hier die Ambivalenz westlicher Einmischung: Der Westen unterstützte zwar formal die "Demokratiebewegung" von 2011, prangerte aber auch Seiten wie die Muslimbruderschaft an, die Teil dieser Bewegung war. Der Westen wollte eine Demokratie, die pro-westlich blieb – und wenn die Demokratie das nicht garantierte, wurde Demokratie zugunsten von Stabilität geopfert, wie beim Putsch von 2013 deutlich wurde.

Die ägyptische Zivilgesellschaft wurde von westlichen NGOs gefördert, aber auch kontrolliert. Western-finanzierte "Democracy Programs" und "Civil Society Support" waren oft Instrumente, um lokale Organisationen an westliche Agenden zu binden.

Langfristige Konsequenzen der Einmischung

Die langfristigen Konsequenzen der westlichen Einmischung in Ägypten sind komplex und ambivalent:

Stabilität vs. Entwicklung Der Westen erzielte sein Ziel der kurzfristigen Stabilität, aber dies ging auf Kosten der langfristigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Ägyptens. Das Land bleibt strukturell abhängig, wirtschaftlich unterentwickelt und politisch blockiert. Ein echtes Wirtschaftswachstum fand nicht statt, trotz massiver westlicher Investitionen.

Militarisierung der Gesellschaft Die westliche Militärhilfe führte zu einer Militarisierung der ägyptischen Gesellschaft. Das Militär wurde zum primären Akteur in der Wirtschaft, was zu Korruption, Ineffizienz und der Blockade ziviler Entwicklung führte. Der ägyptische Militärsektor ist einer der größten Wirtschaftssektoren, was die Verzerrung der Wirtschaft zeigt.

Sicherheitsisierung der Politik Der westliche Fokus auf "Sicherheit" führte zu einer Sicherheitsisierung der ägyptischen Politik, in der Sicherheitsbedenken alle anderen Überlegungen dominierten. Dies rechtfertigte Repression, Militärputsche und die Unterdrückung von Oppositionellen.

Regionale Instabilität Trotz westlichen Engagements ist die Region nicht stabiler geworden. Der Nahostkonflikt ist ungelöst, der Terrorismus im Sinai nimmt zu, und die regionalen Spannungen bleiben hoch. Die westliche Strategie hat nicht zu echter Stabilität geführt.

Erosion von Legitimität Die westliche Unterstützung für autoritäre Regime hat die Legitimität des Westens in Ägypten stark beschädigt. Der Westen wird von vielen Ägyptern nicht als Unterstützer von Demokratie und Menschenrechten wahrgenommen, sondern als Unterstützer von Unterdrückung und Ausbeutung.

Vergleichende Perspektive: Andere Länder

Um die Spezifität der westlichen Einmischung in Ägypten zu verstehen, ist es hilfreich, sie mit anderen Ländern zu vergleichen:

Ägypten vs. Saudi-Arabien Während der Westen Saudi-Arabien mit massiven Waffenverkäufen unterstützte (ohne Militärhilfe), war die Unterstützung Ägyptens durch direkte Militärhilfe charakterisiert. Dies reflektiert die unterschiedliche Bedeutung der beiden Länder für westliche Strategien.

Ägypten vs. Tunesien Tunesien, das eine erfolgreicher Demokratisierung erlebte, erhielt weniger westliche Militärhilfe und war weniger militärisch integriert. Dies zeigt, dass das westliche Modell der Militärhilfe nicht mit Demokratisierung kompatibel ist.

Ägypten vs. Marokko Marokko, ein strategisch weniger wichtiges Land, erhielt auch weniger westliche Einmischung. Dies zeigt, dass die Intensität der Einmischung mit der geopolitischen Bedeutung korreliert.

Zukunftsszenarien

Szenario 1: Fortsetzung der Abhängigkeit Der Westen und Ägypten bleiben in ihrer gegenwärtigen Beziehung stecken: strategische Allianz, bei der Ägypten abhängig bleibt, aber graduelle Diversifizierung der Beziehungen vorantreibt. Dies ist das wahrscheinlichste Szenario.

Szenario 2: Westliche Reengagierung mit Bedingungen Der Westen versucht, seine Kontrolle durch stärkere Konditionalität zu vertiefen, knüpft Hilfe stärker an Menschenrechts- und Demokratiereformen. Dies könnte zu Konflikten zwischen Westen und Ägypten führen.

Szenario 3: Echte Diversifizierung Ägypten gelingt es, sich stärker an China, Russland und regionale Mächte anzulehnen, wodurch die westliche Dominanz reduziert wird. Dies würde geopolitische Verschiebungen zur Folge haben.

Szenario 4: Staat kollabiert / Instabilität Die inneren Widersprüche und wirtschaftlichen Probleme führen zu einer Destabilisierung Ägyptens, was geopolitische Konsequenzen für die ganze Region hätte. Der Westen würde dann wahrscheinlich militärischer intervenieren.

Kritische Bewertung

Die westliche Einmischung in Ägypten war historisch nicht moralisch neutral. Sie war motiviert durch eigenständige geopolitische Interessen, auch wenn sie mit humanitären oder demokratischen Rhetorik begründet wurde. Die Konsequenzen waren für die ägyptische Bevölkerung oft negativ: Unterdrückung wurde toleriert oder unterstützt, wirtschaftliche Entwicklung wurde unter westlichen Bedingungen verzerrt, und die Souveränität des Landes wurde durch institutionalisierte Abhängigkeit untergraben.

Gleichzeitig ist es unfair, den Westen allein verantwortlich zu machen. Die ägyptische Elite trug eigene Verantwortung für Korruption, Misswirtschaft und Unterdrückung. Die ägyptische Bevölkerung war nicht nur Opfer, sondern auch aktive Akteure, die sich gegen Unterdrückung wehrte (2011).

Eine echte Verbesserung der Situation in Ägypten würde erfordern:

- Respekt für Ägyptens Souveränität
- Entkopplung von Militärhilfe und strategischer Allianz
- Echte Konditionalität von Hilfe an Menschenrechtsstandards
- Unterstützung für zivilgesellschaftliche Entwicklung
- Eine ehrliche Diskussion über die Grenzen westlicher Einflussmöglichkeiten

Diese Elemente sind jedoch in der gegenwärtigen geopolitischen Konstellation unwahrscheinlich. Westliche Staaten werden wahrscheinlich ihre strategischen Interessen weiterhin über demokratische und menschenrechtliche Ideale stellen, solange die Region geopolitisch bedeutsam bleibt.